Die Landeshauptfrau von Niederösterreich hat am auf Grund des § 55g Abs. 1 Z 1 des Wasserrechtsgesetzes 1959, BGBl. Nr. 215/1959 in der Fassung BGBl. I Nr. 73/2018, verordnet:

Verordnung betreffend die Sicherung eines guten mengenmäßigen Zustands des Grundwassers und die Nutzung von Donauwasser für die Landwirtschaft im Weinviertel

§ 1

Zweck und Widmung

Zur Sicherung des guten mengenmäßigen Zustands des Grundwassers im Geltungsbereich (§ 2 Z 1) wird das Wasservorkommen aus der niederösterreichischen Donau (§ 2 Z 2) im maximalen Ausmaß von 12 m³ / Sekunde bzw. 30 Millionen m³ / Jahr zur Versorgung mit Nutzwasser für Zwecke der landwirtschaftlichen Bewässerung im Geltungsbereich (§ 2 Z 1) gewidmet.

§ 2

Geltungsbereich

Der in § 1 genannte Geltungsbereich dieser Verordnung umfasst

1. das im Anhang zu dieser Verordnung definierte Gebiet (aufgelistet nach Gemeinden und Katastralgemeinden) und
2. die Donau von Strom-km 2067,905 (Landesgrenze zu OÖ) bis Strom-km 1936,369 (Landesgrenze zu Wien West) und von Strom-km 1917,893 (Landesgrenze zu Wien Ost) bis Strom-km 1880,070 (Staatsgrenze zu Slowakei).

§ 3

Nutzung des Grundwassers

In wasserrechtlichen Verfahren im Geltungsbereich (§ 2 Z 1) betreffend die Versorgung mit Nutzwasser für Zwecke der landwirtschaftlichen Bewässerung sind in Wahrung des in § 1 normierten Widmungszweckes bei der Handhabung der §§ 8, 9, 10, 15, 21, 21a, 28 bis 38, 40, 41, 42 und 112 WRG 1959 jedenfalls folgende Gesichtspunkte zu beachten:

1. Die Erteilung von neuen Wasserbenutzungsrechten, Wiederverleihungen und die Änderung von bestehenden Wasserbenutzungsrechten betreffend die Versorgung mit Nutzwasser für Zwecke der landwirtschaftlichen Bewässerung ist nur zulässig, solange keine technisch und wirtschaftlich vertretbare Anschlussmöglichkeit an eine Wasserversorgung für landwirtschaftliche Bewässerungszwecke aus der Donau besteht.

Bei der Prüfung, ob eine technisch und wirtschaftlich vertretbare Anschlussmöglichkeit vorliegt, sind die zum Zeitpunkt der Erlassung des jeweiligen Bescheides relevanten wasserwirtschaftlichen Verhältnisse im betroffenen Gebiet gegenüber verfügbaren und in Fachkreisen anerkannten technischen Möglichkeiten (insbesondere betreffend Dimensionen und Distanzen von Wassertransportleitungen) gegeneinander abzuwägen. Die Entscheidung über die Zulässigkeit ist im Sinne der Nachhaltigkeit zu treffen.

2. Bei der Festlegung des Konsenses der Wasserbenutzungsrechte für Grundwasserentnahmen betreffend die Versorgung mit Nutzwasser für Zwecke der landwirtschaftlichen Bewässerung sind wasserwirtschaftlich schonende Betriebsweisen (insbesondere betreffend Bewässerungszeiten) und Betriebsmethoden (insbesondere betreffend wassersparende Technologien) in Abhängigkeit zu den zum Anbau beabsichtigten Kulturen zu bevorzugen.

Bei den zum Anbau beabsichtigten Kulturen sind regionale Aspekte zu berücksichtigen.

3. Bei sämtlichen Grundwasserentnahmestellen betreffend die Versorgung mit Nutzwasser für Zwecke der landwirtschaftlichen Bewässerung sind zumindest die tatsächlich entnommenen monatlichen und jährlichen Wassermengen auf

nachvollziehbare Art (z.B. durch Wasserzähler) zu dokumentieren.

4. Bei der Festlegung der Konsensfristen der Wasserbenutzungsrechte für Grundwasserentnahmen betreffend die Versorgung mit Nutzwasser für Zwecke der landwirtschaftlichen Bewässerung sind die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse - insbesondere auch Trendentwicklungen des Wasserdargebotes - zu berücksichtigen.

§ 4

Nutzung von Donauwasser

In wasserrechtlichen Verfahren betreffend die Nutzung von Donauwasser (§ 2 Z 2) sind in Wahrung des in § 1 normierten Widmungszweckes bei der Handhabung der §§ 8, 9, 10, 15, 21, 21a, 28 bis 38, 40, 41, 42 und 112 WRG 1959 jedenfalls die folgenden Gesichtspunkte zu beachten:

1. Wasserentnahmen aus der Donau zum Zwecke der landwirtschaftlichen Bewässerung im Geltungsbereich (§ 2 Z 1) sind bei Unterschreiten des NQt (Niederwasser) an der jeweiligen Entnahmestelle verboten.
2. Wasserentnahmen aus der Donau für andere als für landwirtschaftliche Zwecke im Geltungsbereich (§ 2 Z 1) dürfen dem im § 1 normierten Widmungszweck nicht zuwiderlaufen.
3. Die in § 3 Z 2 bis 4 genannten Gesichtspunkte gelten bei sämtlichen Erteilungen von Wasserbenutzungsrechten für Zwecke der landwirtschaftlichen Bewässerung im Geltungsbereich (§ 2 Z 1) sinngemäß auch bei Nutzung von Donauwasser.

§ 5

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am ... in Kraft.